

## Gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen von DWV, FWV und CDU zum Haushalt 2020 im Rahmen der GR-Sitzung am 23.01.2020

### Zum Nachdenken!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hölsch, sehr geehrte Frau Rotenhagen, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Dieser Haushalt, so Ihre Einführung bei der Einbringung, Herr Bürgermeister Hölsch, ist ein besonderer. Der erste Haushalt, der nicht ausgeglichen werden kann. Er könnte ein besonderer bleiben.

In vielen Schritten hat sich der Gemeinderat nun auf diesen Haushalt eingestimmt: Nachtragshaushalt, Finanzzwischenbericht, Klausurtagung, Beratungen und immer wieder stand die Thematik im Raum: Der Haushalt kann nicht ausgeglichen werden. Der Ergebnishaushalt schließt vor Beschlussfassung im Planansatz nunmehr mit 227.210 EUR im Minus ab.

Damit ist Dußlingen offensichtlich nicht allein, größere Kommunen im Kreis haben ähnliche Probleme. Naheliegend, dass zum einen die Einnahmen- aber auch die Ausgabenstruktur in den Blick zu nehmen und anzupassen ist. Häufig wird das Thema „Finanzierung der Abschreibungen“ als Grund für den negativen, nicht ausgleichbaren Haushalt herangezogen. Grundsätzlich ist zu befürworten, dass der Ressourcenverbrauch aus den eigenen Mitteln finanziert und nicht der künftigen Generation aufgebürdet wird. Die Abschreibungen sind u.E. auch nicht das wirkliche Problem für das finanzielle Minusergebnis.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass es sogar einen positiven Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes gibt (lt. Planansatz rund 510.000 EUR) – also ohne Abschreibungen und aufgelöste Zuschüsse. Auch bleibt der Gesamtfinanzhaushalt am Ende lt. Planansatz mit 417.000 EUR positiv.

Wir machen als Hauptthema steigende Personalkosten aus. Die Kostensteigerung beträgt für den Zeitraum 2018 – 2020 ca. 840.000 EUR. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen in diesem Zeitraum um weitere ca. 316.000 EUR. Insgesamt erhöhten sich die laufenden Kosten um ca. 1.156.000 EUR innerhalb von drei Jahren. Der Hauptteil der Personalkosten mit rund 680.000 EUR liegt im Teilhaushalt 4 Kindertageseinrichtungen. Leistungen, das haben wir schon oft diskutiert, die wir aufgrund bestehender Rechtsansprüche bereitstellen müssen. Leistungen, die wir – auch das sei klar gesagt - anbieten wollen. Leistungen aber, die vom Gesetzgeber, sei es Bund oder Land, nicht durchfinanziert sind. Teilweise fließen über Mittelzuweisungen entsprechende Gelder in den Haushalt, doch zu einer Kostendeckung kommt es nicht. Auch Investitionstätigkeiten, siehe Kindergartenförderung Steinlachburg, werden mit deutlich weniger Zuschüssen bedacht, als beantragt.

Der Ansatz der Gemeinde, die Einnahmen – spricht Steuern zu erhöhen – ist nachvollziehbar. Aber auch schon der geänderte Ansatz lt. Vorschlag der Gemeinde gleicht den Ergebnishaushalt nur knapp aus (ca. 12.000 EUR). Hier bestätigt sich das generell bestehende Grundproblem.

Wir wollen einen anderen Weg gehen. Wir – DWV, FWV und CDU - möchten diesen Haushalt als **politisches Signal** verstanden wissen, dass das bisherige Vorgehen von Bund und Land auf kurz oder lang zu einem Finanzierungsproblem der Kommunen führen wird, wenn nicht schon bereits eines ist. Insbesondere zeichnen sich jetzt bereits neue Lücken ab, wenn künftig noch weitere Rechtsansprüche, z.B. auf Ganztagesgrundschule und möglicherweise weitere, eingeräumt werden.

Wir hätten eine Alternative. Wir könnten diesen Haushalt ausgleichen, in dem wir eine Forderung an Bund und Land stellen, den Abmangel zumindest teilweise auszugleichen. Das wird vermutlich aber nicht geschehen. Wir könnten den Haushalt durch Steuererhöhungen ausgleichen. Dann verpufft aber das Signal, das wir bewusst setzen möchten. Wenn die Zielrichtung nur dahin geht, den Haushalt auszugleichen, werden wir irgendwann, bei weiter steigenden Kosten, dies nicht weiter tun können. Daher ist unser Signal ein Fingerzeig in diese Richtung an die politisch Verantwortlichen in Bund und Land. Entweder übernehmen diese einen weiteren Teil der Kosten oder die Kommunen werden finanziell besser ausgestattet.

Die Politik in Bund und Land muss gegensteuern. Der Bund erzielte für das abgelaufene Jahr 2019 einen ungeplanten Überschuss von rund 19 Mrd. EUR. Also trotz sich eintrübender Konjunktur, verzeichnet der

## **Gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen von DWV, FWV und CDU zum Haushalt 2020 im Rahmen der GR-Sitzung am 23.01.2020**

Bund Überschüsse in Milliardenhöhe. Wenn den Gemeinden Gewerbesteuereinnahmen wegbrechen, dann müssen, da der Bund einen Finanzierungsausgleich in gewisser Weise zusagte, die Mittelzuweisungen aus der Einkommensteuer erhöht werden. Wenn Rechtsansprüche finanzierbar sein sollen, dann dürfen Mittel nicht über das pauschale System der Finanzzuweisungen erfolgen. Dann müssen sie gezielt und direkt zur Verfügung gestellt werden, denkbar u.a. durch einen höheren Sachmittelbeitrag für Kinder in den Tageseinrichtungen usw. Es braucht hier Optionen und Alternativen und die müssen, da die Rechtsansprüche bestehen und die Kommunen somit leisten müssen, zügig kommen.

Sie, Herr Bürgermeister Hölsch, haben die Möglichkeit aufgrund Ihrer verschiedenen Ämter und Tätigkeitsbereiche, dieses Anliegen nunmehr stärker vorzubringen, als wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt hätten. Sie erhalten durch uns ein starkes Mandat.

Handeln wir verantwortungsvoll und wäre den Bürgerinnen und Bürgern nicht ein Mehr an Grundsteuer und den Betrieben nicht ein Mehr an Gewerbesteuer zuzumuten? Diese Fragen stellten wir uns. Ja, wir denken, wir handeln verantwortungsvoll und vielleicht würde manchen die Steuererhöhungen nicht zwingend belasten. Möglicherweise sehen wir dies auch in den Fraktionen in Ansätzen unterschiedlich. Am Ende eint uns hier in dieser Stellungnahme neben dem politischen Signal der Finanzierung von Rechtsansprüchen aber noch Weiteres:

1. Die Folgejahre – wohl nach Plan – gehen von positiven Ergebnishaushalten aus. Der Haushalt des Jahres 2020 ist also der einzige Haushalt mit einem negativen Ergebnishaushalt.
2. Die Liquidität beträgt am Ende des Jahres 2019 ca. 1,6 Mio. EUR. Sie wird planmäßig nach altem Planansatz auf positive ca. 6,6 Mio. EUR im Jahr 2023 ansteigen. Auch wenn es Planzahlen sind, für die Bürger zur Info: Die Gemeinde Dußlingen ist nicht klamm.
3. Die Jahresrechnungen 2017, 2018 und 2019 sind noch nicht abgeschlossen. Die Rückfrage in der letzten Sitzung ergab, dass es vermutlich positive Ergebnisse gibt, die eine Verrechnung des negativen Ergebnisses 2020 grundsätzlich ermöglichen würden.
4. Die haushaltstechnische Situation der Gemeinde Dußlingen nach dem neuen Haushaltsrecht ist nicht schlecht. Buchmäßig verfügen wir über ein Startkapital zum 01.01.2017 von ca. 40 Mio. EUR. Auch hier kommt der Haushalt wegen einem Jahr 2020 nicht in Schieflage.

Diese vier Punkte waren es, die uns bestärken, dieses eingangs, ausführlich beschriebene, politische Signal zu setzen und auf die unzureichende Finanzierung, insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung hinzuweisen sowie für eine stärkere Mittelausstattung zu plädieren.

Wir unterstützen Sie, Herr Bürgermeister Hölsch, bei Maßnahmen diese Mittel einzuwerben oder einzufordern bzw. auf die Problematik hinzuweisen. Für die Ansiedlung von möglichst bisher ortsfremden Firmen halten wir zudem einen niedrigen Gewerbesteuerhebesatz für vorteilhaft. Somit haben wir uns entschlossen, dem Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer- und die Gewerbesteuerhebesätze zu erhöhen, eine Absage zu erteilen.

Das ist nicht das von Ihnen gewünschte Ergebnis, das ist uns klar. Die Ausführungen sind ein Versuch, unsere Sichtweise zu erläutern. Dennoch danken wir am Ende allen, die zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2020 beigetragen haben. Ihnen, Herr Bürgermeister Hölsch und Frau Rotenhagen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, sowie den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Den Bürgerinnen und Bürgern danken wir wie immer für die Vielzahl an Gesprächen und ihre wertvollen Hinweise, mit denen sie die Gemeinderatsarbeit unterstützen und erleichtern.

### **DWV-Fraktion**

Harald Müller, Antje Wellhäuser, Stefan Hagen, Jochen Kocher, Dirk Wütherich

### **FWV-Fraktion**

Klaus Zürn, Monika Georgi, Otto Reutter, Bernd Zürn

### **CDU-Gemeinderat Erich Seif**